



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lückenlose Aufklärung der Beihilfen an Ryanair

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die durch den Prüfbericht des Aufsichtsrates der Lübecker Flughafengesellschaft bekannt gewordenen EU-rechtswidrigen Beihilfen an Ryanair lückenlos aufzuklären und für die Landespolitik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.
2. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert den Innenminister in seiner Funktion als Leiter der Kommunalaufsichtsbehörde auf, gemäß §§ 120 bis 122 Gemeindeordnung sein Auskunftsrecht bezüglich aller Unterlagen zu der Flughafenpolitik der Hansestadt Lübeck, den Verträgen der Flughafengesellschaft mit Ryanair und der Defizitabdeckung durch den Lübecker Haushalt auszuüben.
3. Der schleswig-holsteinische Landtag bittet den Landesrechnungshof nach § 88 Absatz 5 Landeshaushaltsordnung, in einer Sonderprüfung die Ausgaben der Hansestadt Lübeck und des Landes Schleswig-Holstein für die Investitionen und den Betrieb der Lübecker Flughafengesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfen für Ryanair zu durchleuchten
4. Über die Ergebnisse aller Untersuchungen ist dem Landtag zeitnah zu berichten.

Begründung:

Bei der EU-Kommission sind drei Beihilfeverfahren bezüglich der Lübecker Flughafengesellschaft anhängig. Der Prüfbericht des Aufsichtsrates hat – wie erwartet – ergeben, dass Ryanair von der Lübecker Flughafengesellschaft und damit indirekt über die Defizitabdeckung aus dem Lübecker Haushalt Beihilfen in Höhe bis zu 5,07 € pro Passagier erhalten hat. Obwohl weder ein neuer Investor gefunden wurde noch die Zusage von Ryanair für die Errichtung einer Base vorliegt und die Passagierzahlen rasant rückläufig sind, hat das Land Investitionen der Flughafengesellschaft mit 1,76 Mio. € bezuschusst. Wegen der laufenden Beihilfeverfahren ist damit das Land ein hohes Risiko eingegangen. Aus eigenem Interesse an der Transparenz des Verfahrens und der Rechtmäßigkeit des Landeszuschusses muss die jahrelange Praxis der rechtswidrigen Beihilfen lückenlos aufgeklärt werden.

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion